



Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Wieso die Schweden gerne Steuern zahlen Über die Bedeutung der Kommune für die Bürger

Karl-Martin Hentschel, aus: Von wegen alternativlos – Kapitel 6, 06.04.2026 V2 - Artikel (12)

Inhalt

1.Keine Steuern für Stockholm	2
2.Viel Geld und viel Autonomie	3
3.Die wichtigste Person im Staate Dänemark ist der Bürgermeister	4
4.Werden die armen Kommunen abgehängt?	5
5.Von Osaka bis San Francisco – Kommunen und Regionen im internationalen Vergleich	7
6.Geld ist Macht	8
7.Steuerdumping im Kanton Schwyz	11
Wohlstandsgefälle	14
8.Der Bürger und seine Kommune	15
Familienförderung im Vergleich	17
9.Der Traum von der Kommune – Überlegungen für einen Staatsaufbau von unten	18
.....	18
Weitere Begleittexte UmSteuern Kommunal	20

Der Besuch in einem Altenheim in Aabenraa brachte uns ins Staunen. Die Leiterin erklärte, dass in Dänemark jeder alte Mensch Anspruch auf zwei Zimmer hat. Eine Pflegerin erzählte, dass sie mal in Deutschland gearbeitet habe. Der Stress für das Pflegepersonal wäre grauenvoll gewesen. Sie hätte nie Zeit gehabt, sich richtig um die Bewohner zu kümmern. In Dänemark sei das anders. Sie würde nie wieder in Deutschland arbeiten.

Dass Schweden und Dänen mehr Steuern und Abgaben zahlen als andere Völker, dürfte bekannt sein. Und dass sie damit allerlei soziale Wohltaten finanzieren, hat sich auch herumgesprochen.¹ Ich frage mich schon seit langem, wieso das dort so gut funktioniert, was andernorts unmöglich erscheint. Bei der Suche auf eine Antwort stieß ich dann auf zwei zentrale Fragen – man kann sie auch Paradoxa nennen – die enträtselt werden müssen:

Paradox 1: Wieso sind so hohe Steuern und Abgaben in einer Demokratie mehrheitsfähig?

¹ Jochem 2012: Der „vorsorgende Sozialstaat“ in der Praxis

Paradox 2: Wieso funktioniert angesichts so hoher Steuern die Wirtschaft noch? Wieso sind die Kapitalisten nicht längst ausgewandert und wieso ist die Wirtschaft nicht längst pleite?

In diesem Kapitel will ich mich zunächst mit der ersten Frage beschäftigen. Es ist in der Tat ein Paradox: Im Jahre 2008 betrug der Anteil der staatlichen Einnahmen am Bruttoinlandsprodukt in Schweden 53 Prozent – das war die zweithöchste Abgabenquote weltweit hinter Dänemark, das sogar 55,7 Prozent erreichte. Während andere EU-Länder sich zunehmend verschuldeten, erwirtschaftete Schweden sogar ein Plus von ca. 70 Milliarden Kronen (ca. 7 Mrd. Euro) und konnte Schulden abbezahlen. Im Klartext bedeutet das: Über die Hälfte aller im Lande produzierten Güter und Dienstleistungen wurden entweder über den Staat umverteilt oder gleich in öffentlichen Einrichtungen oder Betrieben erzeugt.

Damit das möglich ist, sind die Steuersätze entsprechend hoch. Die Spitzenbelastung einschließlich der Sozialabgaben liegt über siebzig Prozent. In anderen Ländern wäre es schon bei deutlich niedrigeren Steuern zur Abwahl der Regierung gekommen. Nicht so im Norden. Über viele Jahre lagen die Spitzensteuern sogar noch höher und alle Parteien, die antraten, um daran etwas zu ändern, scheiterten. Die Ablösung der Sozialdemokraten durch liberale Regierungen in den letzten Jahren war in Schweden wie auch in Dänemark kurioserweise erst möglich, nachdem die liberalen Parteien den Wählern versprochen hatten, den Sozialstaat nicht anzutasten.

Was also ist das Geheimnis? Was ist die Besonderheit, die zu einer völlig anderen Haltung der skandinavischen Bürger gegenüber den Staatseinnahmen führt, als wir sie in Zentraleuropa oder gar in den angelsächsischen Staaten kennen?

1. Keine Steuern für Stockholm

An dieser Stelle muss ich eine Bemerkung einfügen, damit ich von Fachleuten nicht missverstanden werde. Natürlich gibt es nicht „das“ typische skandinavische Modell. Jedes Land ist anders. Und jede Region ist. Wie überall in der Welt wird das Bild umso differenzierter, je schärfer die Lupe ist, mit der man es betrachtet. Åland ist nicht Finnland, Samland ist nicht Schweden, Oslo ist nicht Norwegen usw. Im Folgenden beschränke ich mich deshalb auf Dänemark und Schweden, auch weil diese beiden Länder für den skandinavischen Sozialstaat typisch sind und nicht so sehr von Besonderheiten geprägt werden wie dem Ölreichtum in Norwegen oder den Fischgründen in Island.

Den ersten Hinweis auf die Lösung des Paradoxons bekam ich bei einem Besuch bei der schwedischen Steuerbehörde in Stockholm. Es war eine kleine Randbemerkung des Referenten, die mich hellhörig machte. Auf einer Powerpoint-Folie hatte er dargestellt, dass alle Schweden eine Basissteuer – eine Art „Flat Tax“ bezahlen müssen. Wer mehr als 30 000 Euro verdient, muss auf das zusätzliche Einkommen neben der Basissteuer eine progressive Reichensteuer bezahlen.² Die Basissteuer jedoch – die etwa neunzig Prozent der Einkommenssteuer-Einnahmen ausmacht – geht nicht etwa an die Regierung in Stockholm, sondern an die Kommune, in der der Schwede lebt. Oder anders ausgedrückt: Der Normalbürger in Schweden zahlt keine Steuern

² Swedish Tax Agency 2010: Taxes in Sweden

an den Zentralstaat, sondern nur an „seine“ Kommune. Der Zentralstaat finanziert sich nur durch die Reichen, die Unternehmen, die Mehrwertsteuer und die Sozialabgaben.

Nun begann ich mir das Kommunalsystem im Norden genauer anzuschauen. Dabei sind mir im Vergleich zu Deutschland folgende Besonderheiten aufgefallen:

- Die Kommunen haben viel mehr Aufgaben (als bei uns)
- Die Kommunen sind im Durchschnitt viel größer
- Die Kommunen verfügen über viel mehr Geld
- Die Kommunen besitzen eine eigene Steuerhoheit
- Der Finanzausgleich zwischen den Kommunen ist unabhängig von den Einnahmen

Diese Unterschiede möchte ich nun im Folgenden genauer anschauen.

2. Viel Geld und viel Autonomie

Es gibt eine einzige Zahl, die schlagartig deutlich macht, welche zentrale Rolle die Kommunen in Dänemark haben: In Dänemark werden 65 Prozent oder etwa zwei Drittel aller Ausgaben des Staates einschließlich der Ausgaben der Sozialversicherungen von den Kommunen getätigt, in Schweden immerhin etwa die Hälfte.³ In Deutschland dagegen beträgt der Anteil der Kommunen an den öffentlichen Ausgaben nur 15 Prozent! Zwei Drittel der Ausgaben erfolgen in Deutschland durch den Bund und 20 Prozent durch die Länder. Man kann es auch anders ausdrücken: In Deutschland kommt zuerst die Regierung in Berlin, dann weit dahinter die Länder. Und am Schluss die armen Kommunen. In Dänemark ist das umgekehrt. Die Kommunen kommen zuerst.

Die Kommunen und Regionen im Norden sind aber nicht nur reicher, sie sind auch unabhängiger. Denn sie besitzen eine weitgehende Steuerhoheit – sie legen also die Höhe der kommunalen Einkommenssteuern selbst fest. So variiert in Schweden der Steuersatz für die Basissteuer zwischen 29 und 35 Prozent. Davon gehen circa zwei Drittel an die Gemeinden und das restliche Drittel an die Läns – die so etwas wie die Landkreise in Deutschland darstellen.

Spannend ist die Überlegung, was in Deutschland passieren würde, wenn die Kommunen und Länder ihre Einkommenssteuersätze selbst festlegen könnten. Vermutlich wäre dann der Anteil der Kommunen und Länder an den Staatsausgaben doppelt bis dreifach so hoch und sie hätten sich längst umfangreiche Aufgaben erkämpft. Insbesondere würde eine Steuerhoheit vor Ort dazu führen, dass viel mehr in die Bildung und die Sozialeinrichtungen investiert würde.

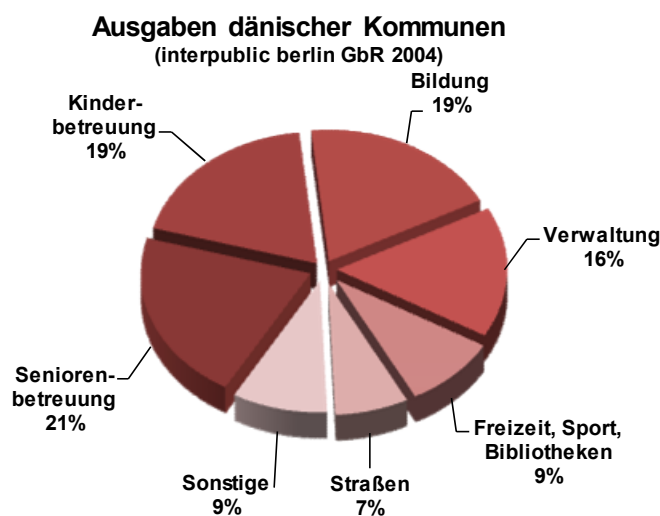
³ Dexia Credit Local 2006: Die substaatlichen Haushalte in der Europäischen Union; Dexia Credit Local 2010/2011: Chiffres clés 2009 de l'Europe locale et regionale

3. Die wichtigste Person im Staate Dänemark ist der Bürgermeister

Die Kommunen in Skandinavien haben aber nicht nur viel mehr Geld, sondern sie haben entsprechend auch viel mehr Aufgaben. Praktisch das gesamte Sozialsystem, das Gesundheitssystem, die Pflege, die Schulen und der öffentliche Verkehr werden durch die Kommunen überwiegend eigenständig gestaltet. Wichtig ist aber nicht nur der Aufgabenkatalog der Kommunen – der ja auch in Deutschland sehr umfangreich ist. Viel wichtiger sind die damit verbundenen Kompetenzen.⁴

In Deutschland dürfen die Kommunen zwar die Räumlichkeiten der Schulen mit den Hausmeistern bereitstellen, die Lehrer sind aber Angestellte der Länder, die auch über Strukturen und Lehrpläne bestimmen. Im Gesundheitswesen spielen die Kommunen in Deutschland fast keine Rolle. Im sozialen Bereich haben die Kommunen zwar riesige Ausgaben, können aber nur sehr begrenzt auf diese Ausgaben Einfluss nehmen, da sie von Bundes- und Landeszuschüssen abhängen und die Ausgaben auch noch durch Gesetze und Verordnungen weitgehend reglementiert sind.

Ein weiterer interessanter Aspekt in Skandinavien ist die Rolle der Kommunen als Ansprechpartner für nahezu alle staatlichen Dienstleistungen. Wenn wir in Deutschland etwas vom „Staat“ brauchen, dann schlagen wir uns jedes Mal mit einer anderen Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörde oder aber mit einer gesetzlichen Krankenkasse, Rentenkasse, Arbeitsagentur usw. herum. Im Norden ist das anders. Der Schwede oder Däne hat es viel einfacher – er geht fast immer in „sein“ Rathaus.



Insbesondere für Dänemark, wo zwei Drittel aller öffentlichen Ausgaben von den Kommunen getätigt werden, kann man deshalb sagen: Der eigentliche Staat sind die Kommunen. Die Zentralregierung in

Kopenhagen ist nur für wenige Restaufgaben, für einheitliche Rahmenbedingungen, für überregionale Projekte, für Außenpolitik und für das Militär zuständig. Wenn der Däne nicht gerade zur Armee muss, dann hat der einzelne Bürger im täglichen Leben fast nur mit seiner Gemeinde zu tun. Diese Aufgaben- und Finanzverteilung drückt sich auch in den politischen Gewichten aus. Die wirklich mächtigen im Staate Dänemark sind die Bürgermeister. Während in Deutschland die Gemeinderäte und Kreistage nur noch den Mangel verwalten und es kaum Spielräume für echte politische Entscheidungen gibt, gestalten die Gemeinderäte in Dänemark autonom das gesamte soziale Leben der Gesellschaft.

⁴ Wegener/Arbeit 2006: Regionalisierungstendenzen in europäischen Staaten

4. Werden die armen Kommunen abgehängt?

Als jemand, der über viele Jahre selbst kommunal- und landespolitisch aktiv war, hat mich die weitgehende Kommunalisierung im Norden fasziniert. Immer wieder habe ich mir die Frage gestellt, warum dieses Modell in Deutschland nicht nachgeahmt wird?

Einer der Gründe könnte darin liegen, dass eine radikale Dezentralisierung der Finanzen und der politischen Entscheidungen einen massiven Machtverlust für die Bundespolitik zur Folge hätte. Dagegen gibt es naturgemäß massive Widerstände – sowohl in der Regierung, in den Apparaten und auch bei den gut vernetzten Bundestagsabgeordneten.

Es gibt aber auch gewichtige Argumente gegen eine Dezentralisierung, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Insbesondere im linken politischen Spektrum werden gegen die lokale Steuerhoheit stets zwei Befürchtungen vorgetragen:

1. Es könnte zu einem Dumping-Wettbewerb um die niedrigsten Steuern führen, wenn die Kommunen oder auch die Länder über ihre Einnahmen selbst entscheiden können.
2. Lokale oder regionale Autonomie kann dazu führen, dass die armen Kommunen noch ärmer und die reichen Kommunen noch reicher werden.

Diese Befürchtungen sind keineswegs unsinnig. Wie wir später sehen werden, haben sie unter anderen Bedingungen zum Beispiel in der Schweiz und in den USA durchaus ihre Berechtigung. Für Skandinavien gilt das jedoch nicht.

Tatsächlich gibt es insbesondere in Schweden durchaus erhebliche Unterschiede bei den Steuersätzen.⁵ Die niedrigsten kommunalen Steuern hatte 2010 der wohlhabende Malmöer Vorort Vellinge mit 28,89%, die höchsten zahlten die Bürger in der dünnbesiedelten Gemeinde Ragunda mit 34,17 Prozent. Daraus könnte man schließen, dass die reichen Kommunen generell niedrige Steuersätze haben und die ärmeren höhere. Das ist aber nicht der Fall. Es gibt auch wohlhabende Gemeinden mit sehr hohen Steuersätzen – während arme Gemeinden mit niedrigen Steuern seltener sind. Aber letztlich ist es eine politische Entscheidung der Bürger, wie viel Geld sie bereit sind für ihre kommunalen Einrichtungen auszugeben. Und da gibt es offensichtlich erhebliche Spielräume, die die Bürger auch nutzen.

Vergleicht man aber die skandinavischen Kommunen mit den deutschen, dann sind die Unterschiede frappant: Die deutschen Kommunen sind viel schlechter ausgestattet. Gerade die Städte mit großen sozialen Problemen haben in Deutschland kaum eine Möglichkeit gegen zu „steuern“ und geraten immer mehr in die Schuldenfalle. Oder anders herum betrachtet: Auch wenn die skandinavischen Kommunen durchaus ihre Spielräume nutzen – und die einen bis zu 15 Prozent mehr Steuern erheben als andere – im Vergleich mit den deutschen Kommunen erheben auch die Kommunen mit den geringsten Steuersätzen immer noch viel mehr Steuern von ihren Bürgern als in Deutschland und leisten sich dafür ein um vieles besseres Sozialsystem. Von einem Steuerdumping kann in Skandinavien also in keiner Weise die Rede sein.

⁵ Statistiska centralbyrån 2011: Regional Statistik

Im Gegenteil: Die Bereitschaft der Bürger, für kommunale Investitionen, für Schulen oder Krankenhäuser die kommunalen Steuern zu erhöhen, war immer sehr hoch. Das führte sogar dazu, dass die Regierung in Kopenhagen das Recht der Kommunen, die Steuern zu erhöhen, zeitweilig aussetzte, um den Konsolidierungskurs durchzusetzen. In Schweden lag der kommunale Steuersatz 1960 noch bei durchschnittlich 15% – verdoppelte sich dann bis 1980 auf 29 Prozent – und ist seitdem nur noch moderat auf heute 31,56 Prozent gestiegen. Dazu kommt für hohe Einkommen noch die Reichensteuer hinzu. Insgesamt liegt der Spitzensteuersatz in Ragunda also bei 59,17 Prozent. Da aber in Schweden alle Einkommen sozialversicherungspflichtig sind und die Sozialversicherung in Höhe von 32,42 Prozent vorab vom Einkommen abgezogen wird, liegt die reale Belastung des Spitzeneinkommens bei 72,4 Prozent. Das dürfte heutzutage die Weltspitze darstellen und erklärt, warum Schweden zu den Ländern mit der geringsten Ungleichheit bei den Einkommen gehört.

Wie wirkt sich nun aber die kommunale Steuerhoheit aus, wenn Kommunen sehr unterschiedliche Finanzkraft haben? Geht es dann den armen Kommunen nicht noch schlechter? In Deutschland wird zum Beispiel oft behauptet, dass Steuerautonomie sich nicht mit dem verfassungsmäßigen Gebot der gleichwertigen Lebensverhältnisse verträgt.

Diese Befürchtung lässt sich für Skandinavien nicht verifizieren. Der wesentliche Grund dafür liegt in der intelligenten Konstruktion des Finanzausgleichs zwischen den Kommunen und Regionen. Anders als in Deutschland bezieht sich der Finanzausgleich als Grundlage nicht auf die Steuereinnahmen der Kommunen. Stattdessen geht die Berechnung des Finanzausgleichs alleine von Strukturdaten aus. In die Berechnung gehen also Faktoren wie das durchschnittliche Einkommen, die Zahl der Kinder, der alten Leute, die Arbeitslosenquote usw. ein. Bei der Steuerkraft wird von einem fiktiven einheitlichen Steuersatz für alle Gemeinden ausgegangen. In Schweden kommt dann noch ein geografischer Faktor hinzu, damit die dünn besiedelten Regionen jenseits des Polarkreises auch eine Chance haben. Anders als in Deutschland ist der Finanzausgleich also unabhängig von den realen Einnahmen der Kommunen. Wenn eine Kommune also die Steuern oder die Gebühren senkt, dann hat sie entsprechend weniger Geld, wenn sie die Steuern anhebt, hat sie mehr und kann das auch behalten und für die Bürger einsetzen.

Das klingt recht vernünftig. Denn die Bürger sind vermutlich nur dann bereit, die Steuern zu erhöhen, wenn sie sicher sind, dass die Mehreinnahmen in der Kommune bleiben. Der Länderfinanzausgleich und die kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder in Deutschland sind in dieser Hinsicht völlig kontraproduktiv. Denn wenn ein Land oder seine Gemeinden Mehreinnahmen generieren (was sowieso nur in geringem Umfang möglich ist), dann fließt dieses Geld in den großen Topf und das Land darf nur einen kleinen Anteil davon selbst behalten. Als Schleswig-Holstein zum Beispiel in seiner Verzweiflung (und aus Sicht der Grünen auch aus ökologischen Gründen) eine drastische Erhöhung der Erdölabgabe für das in der Nordsee geförderte Öl beschloss, blieben von den Mehreinnahmen nicht mal 4% in der Landeskasse. Der Rest wurde über den Länderfinanzausgleich auf die anderen Bundesländer umverteilt. Es wird kolportiert, dass reiche Länder wie Hessen oder Bayern ihre Steuerprüfer bewusst anweisen, bei wichtigen Firmen nicht so genau hinzuschauen. Sie betrachten es quasi als Standortvorteil, wenn die Steuerprüfung nicht so genau

ist. Monika Heinold, die grüne Finanzministerin von Schleswig-Holstein, fordert auch aus diesem Grund eine Bundessteuerverwaltung.

5. Von Osaka bis San Francisco – Kommunen und Regionen im internationalen Vergleich

Als 2004 im Rahmen der OECD das internationale Föderalismus-Netzwerk gegründet wurde, wählten die Delegierten interessanterweise die Themen Steuerautonomie und Finanzausgleich zu ihren ersten Themen.⁶ Die Ergebnisse des Vergleichs erwiesen sich für viele als Überraschung: Steuerautonomie einzelner Regionen und

Selbstverwaltungsebenen

Regionen mit Gesetzgebungskompetenz sind fett und unterstrichen

	Bezeichnung	Ø – EW	Bezeichnung	Ø - EW	Bezeichnung	Ø – EW
Dänemark			region	1.100 T	kommune	56 T
Deutschland	<u>Bundesland</u>	5.100 T	Kreis	320 T	Gemeinde/ Stadt	7 T
Frankreich	Région	2.500 T	département	650 T	commune	2 T
Großbritannien	<u>country*</u>	3.800 T	county/ unitary authority/ district	413 T	borough ***	154 T
	<i>England **</i>	51.000 T				
Japan	to-do-fu-ken (Präfektur)	2.700 T			Gemeinde/ Stadt/ Bezirk	71 T
Kanada	<u>Province</u> ****	3.400 T	<i>uneinheitlich je nach province</i>		municipality	7 T
Schweden			Län	450 T	kommun	32 T
Schweiz			<u>Kanton</u>	300 T	Gemeinde	3 T
USA	<u>State</u>	6.100 T	county	100 T	municipality	4 T

* Wales, Scotland, Northern Ireland

** England hat kein Parlament

*** gibt es nur noch in Teilen Englands

**** ohne die territories im dünnbesiedelten Norden Kanadas, die direkt der Zentralregierung unterstehen

starke Finanzkraftunterschiede hängen keineswegs automatisch zusammen. Es gibt Staaten mit hoher Autonomie, wo die Unterschiede vollständig ausgeglichen werden. Umgekehrt gibt es Staaten mit wenig Autonomie und extremen Unterschieden.

In der nebenstehenden Tabelle habe ich für einige Staaten die Selbstverwaltungsebenen aufgelistet.⁷ Es werden nur die Ebenen dargestellt, die eine gewählte Volks-

⁶ Blöching 2008: Steuerautonomie und Finanzausgleich

Blöching 2010: Fiscal Policy Across Levels of Government

⁷ Daten aus Wikipedia: siehe Anmerkung unter Quellenangaben

vertretung haben. Reine Verwaltungsebenen wie Regierungsbezirke in Deutschland habe ich nicht aufgeführt.

Üblicherweise unterscheidet man zwischen Föderalen Staaten (auch Bundesstaaten) wie den USA, Deutschland oder auch der Schweiz und Einheitsstaaten wie Frankreich oder Schweden. Bundesstaaten sind in Teilstaaten untergliedert, die eine eigene Gesetzgebungskompetenz und oft auch eine eigene Verfassung haben wie unsere Bundesländer. Unterhalb der Ebene der Staaten oder Teilstaaten gibt es jeweils ein oder mehrere regionale Ebenen. Die kleinste politische Einheit ist fast immer die Kommune (die Ausnahme bildet Großbritannien – siehe weiter unten).

Politik-Lehrbücher gehen regelmäßig davon aus, dass Teilstaaten in einem föderalen Staat wie Deutschland, den USA oder der Schweiz grundsätzlich autonomer sind als Regionen oder Gemeinden ohne Gesetzgebungskompetenz. In Wirklichkeit ist diese Vorstellung irreführend. Es kommt nicht darauf an, ob das Schriftstück, das das lokale Parlament verabschiedet, als Gesetz, Satzung, Richtlinie, Verordnung oder wie auch immer bezeichnet wird. Viel wichtiger ist es, wie viele Kompetenzen die jeweilige Volksvertretung hat.

So gilt die Schweiz bei vielen Autoren als der am meisten dezentralisierte Staat der Erde. Trotzdem liegt im OECD-Dezentralisierungsindex Dänemark noch vor der Schweiz an der Spitze. Denn in der Realität übertrifft die Autonomie der dänischen Kommunen sogar die der Schweizer Kantone.⁸ In Großbritannien haben die counties (Grafschaften – also vergleichbar deutschen Kreisen) sogar mehr Kompetenzen als der Teilstaat Wales, der lange Zeit noch nicht mal ein gewähltes Parlament hatte.⁹ Aus diesem Grund werde ich im Folgenden die reale Rolle der Kommunen und Regionen verschiedener Staaten vergleichen.

6. Geld ist Macht

Die wichtigste Kompetenz einer Kommune oder Region ist die Finanzhoheit. Sie wird zu Recht als das Königsrecht eines Parlamentes bezeichnet. Nimmt man den Umfang der Finanzmittel und das Steuerheberecht als Maßstab, dann hat jede kleine dänische Kommune viel mehr Kompetenzen als ein deutsches Bundesland (siehe

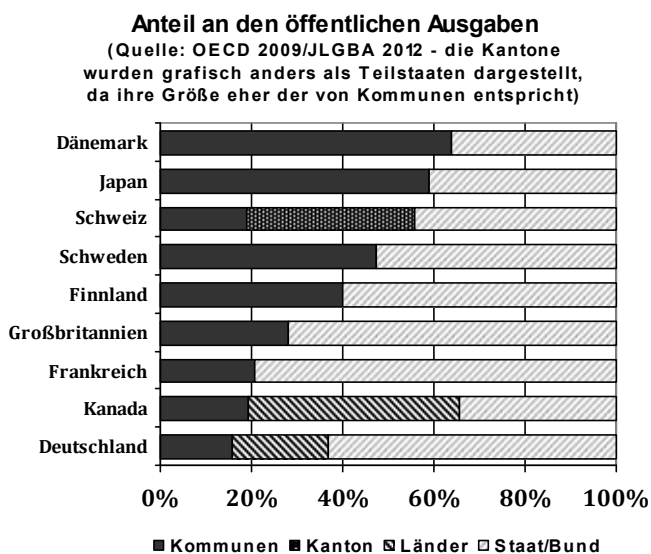
⁸ Gisi 2012: Föderalismus – eine Wachstumsbremse?

⁹ ONS: Administrative Geography

Grafik10). Denn obwohl einige deutsche Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern von der Einwohnerzahl her größer sind als die meisten EU-Staaten, haben sie fast keine Steuerrechte und daher kaum Einfluss auf ihre Einnahmen. Dagegen können die Kommunen in vielen Staaten – nicht nur in Skandinavien, sondern auch in England, in Japan, in den USA und natürlich die Kantone in der Schweiz weitgehend über die Höhe ihrer Einnahmen selbst bestimmen und haben so viel mehr Handlungsspielräume.

Die bessere Finanzaus-
geht natürlich einher mit
mehr an Aufgaben. Und
wiederum ist der Grund
warum die Kommunen
den im internationalen
gleich viel größer struk-
sind. Während die
schnittliche Gemeinde-
Deutschland bei 6.600
nern und in Frankreich
nur bei 2000 liegt, hat

durchschnittliche Gemeinde in Schweden über 30.000 und in Dänemark über 56.000 Einwohner. Die typische Gemeinde in Dänemark auf dem Lande umfasst einen oder mehrere Zentralorte und die gesamte umliegende Landschaft mit nicht selten mehr als zwei Dutzend Dörfern. Eine solche Gemeinde hat mehrere Grundschulen, mindestens ein Schulzentrum für die Sekundarschulen und ein Gesundheitszentrum, Pflegeeinrichtungen, eine Bibliothek und so weiter. Dagegen hat die Mehrheit der Gemeinden in Schleswig-Holstein weniger als tausend Einwohnerinnen und deshalb meist nur eine ehrenamtliche Feuerwehr und manchmal ein Dorfgemeinschaftshaus. So erklärt sich, dass die Gemeinden in Dänemark fast die zwanzigfache Größe haben. Denn wenn eine Gemeinde das gesamte soziale Leben der Gesellschaft organisiert, dann braucht sie eine gewisse Größe und Kompetenz.



stattung
einem
das
dafür,
im Nor-
Ver-
turiert
durch-
größe in
Einwoh-
sogar
die

¹⁰ OECD 2012: Fiscal Decentralized Database
JLGBA 2012: Local Public Finance System in Japan

Einige Aufgaben jedoch, die selbst die Leistungsfähigkeit dieser großen Kommunen überschreiten, wurden in Dänemark und Schweden auf die Regionen übertragen. Dazu gehören die Krankenhäuser und der Öffentliche Verkehr. Von der Größe her entsprechen diese Regionen (in Schweden heißen sie „län“) am ehesten unseren Kreisen – sind aber ebenfalls größer als diese und haben wie die Kommunen eine eigene Steuerhoheit.

Noch größer sind die Kommunen in Großbritannien und Japan. Im hochverstädterten Japan, wo die Kommunen ähnlich wie in Skandinavien umfangreiche Aufgaben wahrnehmen, leben in einer Kommune im Schnitt 71.000 Menschen.¹¹ In Großbritannien gibt es in großen Teilen des Landes nur noch „unitary authorities“. Diese kommunalen Einheitsverwaltungen haben die Größe von deutschen Kreisen und vereinen die Aufgaben von Kommunen und Regionen in einer Verwaltung. Auch in Großbritannien geht die Größe der Kommunen einher mit vergleichsweise starken Kompetenzen. Immerhin verfügen sie über 28 Prozent aller staatlichen Ausgaben – Bildung, Erziehung, Umwelt und Energie sowie viele andere Grundversorgungsleistungen sind kommunal. So war die Einführung der Gemeinschaftsschulen in den siebziger Jahren ein Werk der Kommunen, das gegen den massiven Widerstand der konservativen Regierung unter Margaret Thatcher, die damals Bildungsministerin war, durchgesetzt wurde. County für county bzw. Stadt für Stadt setzten die Eltern dieses Reformwerk von unten durch. Das geschah nicht auf einen Schlag. Es dauerte zwanzig Jahre bis die letzte konservative Gemeinde 1979 das Schulsystem umgestellt hatte – aber es geschah eben auch viel wirksamer als in Deutschland, wo jede gründliche Reform bis heute gescheitert ist.

Einen Sonderfall bildet Kanada. Hier liegen die meisten Kompetenzen bei den Provinzen, die von der Größenordnung her unseren Bundesländern entsprechen. Das spiegelt sich, wie man in der Grafik sieht, auch in der Finanzverteilung wider. Das kanadische Bundesparlament in Ottawa ist nur für die Rahmengesetzgebung und natürlich für die Außenpolitik zuständig.

Die große Ausnahme war lange Zeit der Zentralstaat Frankreich. Hier wurden beginnend mit der Französischen Revolution die sozialen Reformen immer zentral von oben – oft durch Aufstände in Paris oder zumindest unter dem Eindruck einer Dro-

¹¹ MIC 2008: Local Government Finance System

hung damit – initiiert. Aber auch das hat sich geändert. Unter Mitterrand (Präsident von 1981 bis 1995) hat in Frankreich eine grundlegende Dezentralisierung stattgefunden. In den Regionen, Departments und Kommunen gibt es gewählte Vertretungen und Verwaltungsspitzen, die längst in beträchtlichem Umfang eigene Kompetenzen gewonnen haben und über ihre Einnahmen und Ausgaben selbst bestimmen können. Deswegen täuscht auch die dargestellte Finanzverteilung in der obigen Grafik. Die Ausgaben der Präfekturen und Departments werden immer noch dem Zentralstaat zugerechnet, während die Ausgaben der Regionen und Läns in Skandinavien als „kommunal“ eingestuft werden.

Und Deutschland? Nach der erwähnten OECD-Untersuchung bilden Deutschland und Österreich im internationalen Vergleich keinen Regelfall, sondern ein Extrem. In fast keinem OECD-Land haben die Kommunen und Länder so wenig Einfluss auf ihre Einnahmen. Man kann es auch anders ausdrücken: Nicht nur in Dänemark, sondern auch in vielen anderen Staaten bilden die Kommunen das Zentrum der Demokratie, in Deutschland sind sie ungeliebte Anhängsel des Zentralstaates. Es wird dringend Zeit, daran etwas zu ändern und auch in Deutschland die Demokratie vor Ort mehr zu stärken.

7. Steuerdumping im Kanton Schwyz

„Tiefe Steuern vertreiben die Alteingesessenen im Kanton Schwyz.“ – mit dieser Schlagzeile alarmierte der Züricher „Tagesanzeiger“ im Sommer 2010 seine Leser.¹² Tatsächlich ist der Kanton Schwyz, nach dem die gesamte Schweiz benannt ist, eines der Steuerparadiese für Reiche in der Zentralschweiz, zu denen außerdem noch die Kantone Uri, Zug, Nidwalden und der italienischsprachige Tessin gerechnet werden. Anders als in Skandinavien tobt in der Schweiz tatsächlich der Wettbewerb im Steuerdumping. Einige kleine Gebirgskantone und das sonnige Tessin haben durch immer niedrigere Steuersätze für Firmen und für reiche Bürger immer mehr Reiche angelockt. Allerdings – so berichtet der Zeitungsartikel – hat das die Grundstückskosten und die Lebenshaltungskosten immer mehr in die Höhe getrieben, so dass sich Normalverdiener das nicht mehr leisten können und wegziehen.

¹² Schaffner 2010

Wenn man die Probleme einer weitgehenden Dezentralisierung der Staatsaufgaben analysieren möchte, dann liefert die Schweiz das exemplarische Gegenstück zu Dänemark. Deshalb kommt man nicht darum herum, sich mit der Schweiz zu beschäftigen, wenn man das skandinavische System lobt.

Die Besonderheit der Schweiz sind die Kantone. Die Kantone sind souveräne Teilstaaten mit eigener Gesetzgebungskompetenz und einer weitgehenden Autonomie. Allerdings haben die 26 Kantone durchschnittlich lediglich 300.000 Einwohner, fünf Kantone sogar unter 50.000 Einwohner.¹³ Von der Größe her sind sie also eher den deutschen Kreisen vergleichbar. Man könnte also die Schweiz aus deutscher Sicht als einen Staat bezeichnen, in dem die Landkreise verfassungsrechtlich autonome Einheiten sind, bei denen ein Großteil der staatlichen Kompetenzen und mehr als die Hälfte aller staatlichen Mittel angesiedelt sind.

Dieses System hat erhebliche Vorteile. Ähnlich wie in Dänemark haben Gemeinden und Kantone auch in der Schweiz eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung. Die Menschen erleben die Demokratie direkter und sie sind mit ihren örtlichen Politikern mehr verbunden als mit denen einer fernen Zentralregierung. Aber anders als in Dänemark entwickelten sich in der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten ein massiver Steuerwettbewerb und eine starke Ungleichverteilung der finanziellen Mittel. Das muss erklärt werden. Dafür lassen sich drei Ursachen identifizieren:

1. Die Art der Finanzierung

Bei der Art der Finanzierung von Regionen und Kommunen kann man grob vier Modelle unterscheiden, die erhebliche Auswirkungen auf den Wettbewerb haben:

- In Deutschland erfolgt die Finanzierung der Länder und Kommunen überwiegend durch anteilige Beteiligung an gemeinsamen Steuern, durch bundesgesetzlich festgelegte Landessteuern und durch Zuweisungen. Im Ergebnis haben die Ländern und Kommunen kaum Einfluss auf ihre Einnahmen.

Hauptfinanzquelle der Kommunen sind die Gewerbesteuern und Anteile an den Einkommenssteuern. Die hohe Bedeutung der Gewerbesteuer ist für viele Kommunen ein großes Problem. Da es sich um eine Gewinnsteuer handelt, sind die Einnahmen extremen Schwankungen unterworfen. Oft hängen Kommunen auf Gedeih und Verderb von der Konjunktur einer Firma ab – mit dem

¹³ IDHEAP 2012: gov.ch – Verzeichnis der offiziellen Internet Seiten des öffentlichen Sektors der Schweiz

Effekt, dass eine Gemeinde im Geld schwimmt während die Nachbargemeinde sich kaum etwas leisten kann und in Schulden versinkt.

- In den angelsächsischen Staaten wie USA und Großbritannien erfolgt die Finanzierung der Kommunen überwiegend durch Vermögenssteuern – insbesondere durch Steuern auf den Grundbesitz. Das gibt den Kommunen eine sichere Einnahmequelle. Aber auch hier sind die Unterschiede zwischen guten und schlechten Wohnlagen (und in den USA auch die zwischen armen und wohlhabenden Bundesstaaten) beträchtlich.
- In der Schweiz können die Kantone und Gemeinden eigene Steuern wie Einkommensteuern, Verbrauchssteuern und Unternehmenssteuern beschließen. Ähnliches gilt für die US-Bundesstaaten. Da zwanzig Prozent der Bevölkerung achtzig Prozent der Steuern zahlen, lohnt es sich für kleine Kantone oder Gemeinden gezielt reiche Leute durch niedrige Steuern anzulocken. So schwankt die kommunale/kantonale Steuer für ein Einkommen von 180.000 Franken zwischen acht Prozent in Zug und fast zwanzig Prozent in Neuenburg. Besonders extreme Beispiele für Steuerdumping sind einige kleine Kantone, die die Steuerprogression (so bezeichnet man es, wenn der Steuersatz bei höheren Einkommen steigt) abschafften, um Reiche zu begünstigen. In Obwalden wurde sogar eine negative Progression (besser Degression – das heißt Reiche bezahlen prozentual weniger) beschlossen, die dann aber vom Verfassungsgericht als nicht leistungsgerecht verboten wurde.

Noch stärker als die Einkommenssteuern gehen in der Schweiz die Unternehmenssteuern auseinander. Für kleine Aktiengesellschaften schwankt der Steuersatz in der Schweiz auf engem Raum zwischen 12,9 und 34,3 Prozent. Besonders heftig wird so um Firmenzentralen geworben, da diese nur wenige Beschäftigte haben und daher leicht verlagert werden können. Mittlerweile hat der Steuerwettbewerb ein solches Ausmaß angenommen, dass selbst konservative und liberale Politiker Alarm schlagen und eine Diskussion um eine grundlegende Reform des Steuersystems begonnen hat. Ähnliche Entwicklungen kann man auch in den USA beobachten. Bekannt sind zum Beispiel die Steueroasen-Staaten Delaware und Nevada.

- Die vierte Variante finden wir in Dänemark und Schweden. Hier finanzieren die Kommunen sich überwiegend durch eine kommunale Einkommenssteuer, deren Prozentsatz die Kommunen selbst beschließen können. Außerdem erhalten sie Funktionszulagen durch den Staat. Unternehmenssteuern und progressive Reichensteuern dagegen gehen nicht an die Kommune, sondern an den Zentralstaat. Auf diese Weise ist ein Wettbewerb durch niedrige Steuern für Reiche oder Firmen nicht möglich. Die Kommunen sind auf die „Normalbürger“ als Steuerzahler angewiesen. Diese haben aber offensichtlich ein großes Interesse an guter kommunaler Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen und Gesundheitsversorgung und sind deshalb bereit, Gemeindevertreter zu wählen, die dafür die Steuern erhöhen.

2. Der Finanzausgleich

Gleiche Lebenschancen sind in der Praxis nur sicherzustellen, wenn es einen Finanzausgleich zwischen armen und reichen Kommunen und Regionen gibt. Deswegen haben fast alle entwickelten Staaten ein wirksames Finanzausgleichssystem. Einzige Ausnahme ist die USA, die keinen Finanzausgleich kennt. Das erklärt vermutlich die großen ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen den Bundesstaaten. So hat der reichste Staat Delaware ein mehr als doppelt so hohes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wie der ärmste Staat Mississippi (siehe Tabelle). Im Vergleich dazu ist der Unterschied zwischen Hessen und Mecklenburg-Vorpommern zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung bereits kleiner als der in den USA – dagegen ist das Gefälle in der EU insgesamt noch erheblich größer.

Wohlstandsgefälle					
(\$ pro Kopf nach Kaufkraft - ohne Stadtstaaten und Luxemburg)					
	ärmstes Land	BIP	reichstes Land	BIP	Verhältnis
EU	Bulgarien	13 T	Niederlande	40 T	1 : 3,1
Deutschland	Mecklenburg-Vorpommern	27 T	Hessen	50 T	1 : 1,9
USA	Mississippi	29 T	Delaware	62 T	1 : 2,1

Anders als in Deutschland schlagen aber diese Unterschiede in den USA auch voll

auf die Einnahmen der Staaten oder Kommunen durch. So ist es dort normal, dass reichere Gemeinden bessere Schulen haben und sich auch sonst eine bessere Infrastruktur leisten können.

In der Schweiz wurde in den letzten Jahrzehnten nach und nach ein Finanzausgleich eingeführt, aber mit geringer Wirkung. Auch nach dem Finanzausgleich betragen die Unterschiede zwischen den Schweizer Kantonen immer noch bis zu 23 Prozent, Steueroasen wie Zug oder Uri haben sogar nach dem Finanzausgleich trotz viel niedrigerer Steuern und sicherlich auch viel weniger Sozialausgaben immer noch erheblich mehr Einnahmen.

Im Unterschied dazu haben nahezu alle anderen entwickelten Staaten – so unterschiedlich ihre Systeme sonst sein mögen – ein Finanzausgleichssystem, das die Unterschiede weitgehend nivelliert. In Schweden und in Australien werden sie sogar überkompensiert. Auch das hat einen guten Grund: Denn in der schwedischen Tun-

dra sind ähnlich wie in der australischen Steppe gleiche Lebensbedingungen nur möglich, wenn diese benachteiligten Regionen besondere Unterstützung bekommen. Etwas Ähnliches findet sich übrigens auch in Deutschland. Bei uns wird die Landwirtschaft in den Hochgebirgslagen und auf den Nordseeinseln durch besondere Programme unterstützt, um die ungleichen Chancen auszugleichen und sicherzustellen, dass die Landwirtschaft auf den steilen Almen und den vom Sturm umtosten Inseln nicht ganz eingestellt wird.

3. Die Größenunterschiede der Kantone bzw. Kommunen

Unterschiede in der Besteuerung werden umso wirksamer, je kleiner die Steuergebiete mit unterschiedlichen Steuern sind. Deshalb hängt der Steuerwettbewerb in der Schweiz auch mit der kleinräumigen Struktur der Kantone zusammen. Auch die Größenunterschiede zwischen den Kantonen spielen eine wichtige Rolle. Im Kanton Zürich leben 1,3 Millionen Menschen – das sind mehr als das achtzigfache wie im Kanton Appenzell Innerrhoden mit 16 000 Einwohnern. Ein besonders gravierendes Beispiel für das Steuerdumping liefern die Kantone Zug und Schwyz, deren Grenzen nur dreißig Kilometer von der Finanzmetropole Zürich entfernt liegen. Es ist kein Wunder, dass reiche Züricher sich einen Wohnsitz in diesen Steueroasen leisten und zum dreißig Kilometer entfernten Arbeitsplatz in der Züricher Innenstadt pendeln. Und je mehr Reiche nach Zug ziehen, desto mehr können die Steuern dort gesenkt werden.

8. Der Bürger und seine Kommune

Heute lese ich in meiner Ostholsteiner Zeitung, dass das Schwimmbad in der Nachbargemeinde Laboe wegen der hohen Defizite geschlossen werden soll. Viele Bürger wären aber bereit, für den Erhalt etwas zu zahlen. Das gilt sicher auch für die Bürger der Nachbargemeinden, die das Bad mitnutzen. Das bringt mich auf die Frage: Würde eine solche Debatte in Dänemark genauso verlaufen?

Tatsächlich hat das skandinavische Kommunalmodell erhebliche Auswirkungen auf das Verhältnis der Bürger zum Staat und zur Politik. Denn für den Bürger in Schweden oder Dänemark spielt die Zentralregierung nur eine untergeordnete Rolle. Schließlich zahlt er seine Einkommenssteuer gänzlich oder überwiegend an seine Kommune. Er sieht und erlebt tagtäglich, wofür sein Geld ausgegeben wird. Wenn eine Gemeinde eine neue Schule (oder ein Schwimmbad) bauen will, dann kann der

Bürgermeister vorschlagen, dass die Kommunalsteuer zum Beispiel um zwei Punkte erhöht wird. Wenn die Schule bezahlt ist, kann die Steuer dann wieder gesenkt werden.

Das skandinavische Kommunalsystem hat nicht nur Auswirkungen auf die Bereitschaft der Bürger, Steuern zu bezahlen. Es wirkt sich auch darauf aus, wie und wofür das Geld ausgegeben wird.¹⁴ Ein Kommunalpolitiker wird daran gemessen, wie gut die kommunalen Einrichtungen sind. Er oder sie wird also immer geneigt sein, das Geld für gute Kindergärten, Schulen oder Arztzentren auszugeben.¹⁵ Anders sieht es aus, wenn über die Sozialausgaben nicht in der Gemeinde, sondern im Bundestag entschieden wird. Ein Bundestagsabgeordneter in Deutschland denkt natürlich anders. Er kann sich nicht mit guten Kindergärten vor Ort brüsten. Deswegen wird er immer dazu neigen, das Geld in Transfersysteme zu stecken. Es werden also nicht die KiTas gefördert, sondern die Familien bekommen Geld pro Kind als sogenannte Transferleistung.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Pflege alter Menschen. Dänemark hat keine Pflegeversicherung. Während in Deutschland Pflegebedürftige Geld bekommen, um sich ihre Pflege selbst zu kaufen, haben die skandinavischen Kommunen ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen aufgebaut, die die Menschen nach Bedarf versorgen. Das hat Vorteile. Denn die deutschen Transfersysteme funktionieren keineswegs so effizient und marktwirtschaftlich, wie marktfromme Wissenschaftler uns das glauben machen. Im Gegenteil: Zentral verwaltete Systeme sind intransparent und oft auch ineffizient und teuer. Dagegen steht die Effizienz und Qualität einer kommunalen Einrichtung unter der direkten Beobachtung der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde. Wenn etwas nicht funktioniert, dann sind der Bürgermeister bzw. die Mehrheitsfraktionen im Gemeinderat direkt verantwortlich und gefordert, für Abhilfe zu sorgen.

¹⁴ Hentschel 2006: Bürger, Kommune und Staat

¹⁵ OECD 2007: Social Expenditure Database

Familienförderung im Vergleich

Anteil Familienförderung am Bruttosozialprodukt

	Transferleistungen	Einrichtungen/ Dienstleistungen	Gesamt
Dänemark	1,6%	2,3%	3,9%
Frankreich	2,2%	1,6%	3,8%
Schweden	1,6%	1,9%	3,5%
Deutschland	2,3%	0,8%	3,0%

(Quelle: OECD 2007 – Social Expenditure Database für 2003, Chart 4.1)

Gute Beispiele dafür gibt es auch in Deutschland. So hat eine Reihe von Landkreisen die Arbeitsverwaltung von der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der sogenann-

ten Option übernommen. Die Erfolge können sich sehen lassen. Denn eine dezentrale Arbeitsverwaltung kann flexibler mit den Akteuren vor Ort kooperieren und Lösungen finden, die den örtlichen Bedingungen besser gerecht wird. Eine örtliche Arbeitsverwaltung ist nicht mehr an Weisungen aus dem fernen Nürnberg gebunden, sondern kann gegebenenfalls auf dem kurzen Dienstweg mit dem Landrat Entscheidungen abstimmen und treffen. Bei Missständen steht sofort die örtliche Politik in der Kritik und wird schnell auf Probleme reagieren, die im fernen Nürnberg kaum jemanden interessieren würden. Es liegt einfach auf der Hand, dass eine solche Struktur in der Regel effizienter und sogar kostengünstiger arbeitet.

Kommunen setzen oft auch andere Prioritäten als der Zentralstaat. Wenn Steuern und Steuersätze vor Ort festgelegt werden können, dann können sie viel eher Menge und Qualität ihrer öffentlichen Dienstleistungen bestimmen – von der Bildung bis zum öffentlichen Verkehr und von der Gesundheit bis zur Polizei. In Deutschland dagegen hat die Armut der Länder und Kommunen zu einem komplexen System von Kofinanzierungsmitteln geführt. So manche Straße wird nur deswegen gebaut, weil der Bund und die EU 75 Prozent dazu bezahlen. Dazu erfinden die Länder regelmäßig Programme, um Geld aus solchen Töpfen abzugreifen. Gemeinden, die frei und autonom über ihre Finanzen entscheiden könnten, würden möglicherweise ganz andere Schwerpunkte setzen.

Steuerautonomie hat auch finanz- und wirtschaftspolitische Vorteile: Wir wissen aus mehreren, vor allem international vergleichenden Studien, dass höhere Steuerautonomie mit einer stabilitätsorientierteren Finanzpolitik einhergeht. Sie führt zu geringeren Defiziten und fördert die regionale Entwicklung. In Schweden haben ein Viertel aller Beschäftigten ihren Arbeitsplatz bei den Kommunen – vor allem in den Sektoren Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen und Pflege. Darunter sind weit überproportional viele Frauen. Auf diese Weise wirkt die Kommunalverfassung in Krisen

auch beschäftigungsstabilisierend und führt zu mehr Gleichberechtigung von Frau und Mann.

9. Der Traum von der Kommune – Überlegungen für einen Staatsaufbau von unten

Es spricht also vieles dafür, den Staat dezentraler aufzubauen und Entscheidungen und Finanzmittel nach unten zu verlagern. Die unterschiedlichen Erfahrungen zeigen: Es geht nicht um das „ob“, sondern um das „wie“. Ziel muss es sein, einen Wettbewerb um gute Ideen und kreative Lösungen zu fördern. Dagegen muss ein Wettbewerb um das Abwerben von Firmen oder reichen Steuerzahlern durch Steuerdumping vermieden werden.

Am konsequentesten erscheint mir das schwedische Modell: Die Finanzierung der Kommunen erfolgt durch eine Basiseinkommenssteuer für alle Einkommen bis zum Durchschnittseinkommen. Den Steuersatz können die Kommunen frei festsetzen. Zweitbeste Lösungen wären kommunale Steuern auf Grundbesitz, wie sie in den angelsächsischen Staaten zu finden sind. Die Steuern auf Einkommen oberhalb der Durchschnittseinkommen (Reichensteuer), die Unternehmenssteuern und auch die Verbrauchssteuern sollten dagegen bundeseinheitlich geregelt werden, da sie sonst zur Steuerkonkurrenz einladen.

Eine Stärkung der Kommunen muss auch mit einer Reform des Finanzausgleichs zwischen den Ländern und zwischen den Gemeinden verbunden werden. Länder und Kommunen, die Mehreinnahmen beschließen, sollten diese behalten dürfen. Wer die Steuern senkt, muss damit auskommen, ohne dass dies zu höheren Zuschüssen führt. Dazu sollte der Finanzausgleich nur noch auf standardisierten Strukturdaten wie das Bruttoinlandsprodukt, die Durchschnittseinkommen, die Arbeitslosigkeit, die Zahl der Kinder bzw. der Rentner basieren. Besondere Strukturprobleme wie Insellagen, Hochgebirge usw. könnten gesondert berücksichtigt werden.

Auf diese Weise könnte es auch in Deutschland gelingen, viel mehr Entscheidungen vor Ort zu fällen. Die Politik würde näher an die Menschen heranrücken. Die Bereitschaft der Menschen vor Ort Steuern zu zahlen, wäre wesentlich größer, weil die Menschen direkt erleben können, was mit dem Geld gemacht wird. Ein solches Kommunalsystem könnte dazu führen, die Probleme beim Ausbau der sozialen Infra-

struktur in den kommenden Jahren zu lösen. Und es könnte dazu beitragen, den demografischen Wandel besser zu bewältigen.

Eine Verlagerung von Kompetenzen und Geldern nach unten erfordert natürlich auch eine Reform des Föderalismus. Damit bestünde die Chance, die weitgehend gescheiterte Reform des Föderalismus von 2006 fortzusetzen und zum Erfolg zu führen. Dabei sollte eine Verlagerung von Kompetenzen nach unten unbedingt mit einer sauberen Trennung der Ebenen verbunden sein, damit die Wähler besser als heute wissen, wer wofür verantwortlich ist.

Eine Finanzautonomie der Länder könnte auch ihre Abhängigkeit von Zuweisungen durch den Bund beseitigen. Im Gegenteil: Der Bund könnte bei den Zuweisungen einsparen und die Länder und Kommunen würden die Steuern so erhöhen, dass sie ihre Aufgaben damit aus eigener Kraft bewältigen können.

Das alles ist nicht einfach – aber gerade in einer Zeit der Globalisierung brauchen wir eine Stärkung der lokalen Strukturen. Die Kommune und die Region als Heimat, als Bezugspunkt der Menschen, als ein gestaltbarer Bereich, das könnte den Menschen in einer unübersichtlichen Welt mehr Identität und Gestaltungsmöglichkeiten geben und die Demokratie stärken. Ich bin deshalb überzeugt davon, dass eine Gesellschaft, in der die Kommunen eine zentrale Rolle spielen, auch ein Stück Sozialutopie sein kann, für die sich die Menschen begeistern lassen.

Weitere Begleittexte UmSteuern Kommunal

Fachartikel und Präsentationen auf <https://www.attac-koeln.de/umsteuern>

- (01) Das Modell „Starke Kommunen“ - Aufgaben und Finanzierung (Kai Beutler, AKU)
- (02) Stufenmodell zur Einführung des Modell "Starke Kommunen" (Kai Beutler, AKU)
- (03) Investitionsbedarf der Kommunen und Finanzierungsmöglichkeiten (Robert Schumacher, AKU)
- (04) Gewerbesteuern - Funktionsweise und Missbrauch (Julian Becker, AKU)
- (05) Notfallmaßnahmen zur Rettung der kommunalen Finanzen (Sabine Schröder, AKU)
- (06) Fallstudie Köln (Kai Beutler, AKU)
- (07) Fallstudie Wiesenburg/Mark (Kai Beutler, AKU)
- (08) Kommunen in Dänemark - kleine Königreiche (Karen Solveig-Petersen)
- (09) Was für eine Bodensteuer spricht (Alfred Eibl, Attac-BAG Finanzmärkte und Steuern)
- (10) Bürgerräte: Demokratisch und wirksam (Roman Huber, Mehr Demokratie!)
- (11) Die Kommunen - Positionspapier (Attac-BAG-Finanzen und Steuern)
- (12) Karl-Martin Hentschel: Wieso die Schweden gerne Steuern zahlen (Kapitel 6 aus „Von wegen alternativlos“, Europa-Verlag 2013)**
- (13) Karl-Martin Hentschel: Notizen zur Geschichte der Kommunen als Keimzelle der Demokratie
- (14) Zwei Erklärungen zur Stärkung der Kommunen – 2026 und 2014